

Verantwortl. Redakteur: J. B. D. Köhler in Stettin.
Verleger: M. Gieseler in Stettin, Schulplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitschrift über deren Namen im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulplatz 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hansenstein & Vogler,
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thiemens, Greib-
wald G. Illies, Halle a. S. J. B. Barck & Co., Hamburg
Heim. Eisler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens,
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 7. November.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung
um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Böt-
ticher, von Döhlhagen, Freiherr von Marschall,
königlich sächsischer Generalstaatsanwalt Hele,
Herrnrich u. A.

Tagesordnung: Fortsetzung der ersten
Beratung der Novelle zum Sozialistengesetz.

Abg. v. D. e. d. e. n. (Welle): In den politi-
schen Kreisen, zu denen ich gehöre, steht man dem
Gesetzentwurf zum größten Theile antipathisch
gegenüber, weil man dadurch den Rechtschutz
gefährdet glaubt. Wir erklären uns nicht etwa
antipathisch für die Sozialdemokratie gegen
das Gesetz, denn Niemand kann ein schärferer
Gegner der Sozialdemokratie sein, als wir, son-
dern deswegen, weil wir darin einen Ausbruch des
Geistes, des Alles nivellirenden Geistes der
Staatskommission erblicken. Auch wir wollen
den revolutionären Geist der Auswüchse der
Sozialdemokratie bekämpfen, glauben aber nicht,
dass es dazu notwendig ist, ein Ausnahmengesetz
zu einem dauernden zu machen. Der Entwurf des
Sozialistengesetzes war kein glücklicher Schritt,
und wir halten die Aufhebung desselben für
erzwingend notwendig, zumal wir der Ansicht sind,
dass das gemeine Recht der Regierung die not-
wendigen Mittel zur Bekämpfung der Sozial-
demokratie in ausreichender Weise an die Hand
gibt. Wenn die Regierung darauf verzichtet,
die soziale Frage auf friedlichem Wege zu lösen,
so stellt sie sich ein Unmuthigengestirn aus,
denn man darf dabei nicht übersehen, dass die Sozial-
demokratie nicht bloß in Deutschland, sondern in
allen Kulturstaaten vorhanden ist, und die Ge-
walt ist in Folge dessen sehr wohl angebracht.
Die gute Wirkung des Sozialistengesetzes beruht
meiner Ansicht nach auf einer Fiktion, und es
wäre daher wünschenswert, wenn man dahin
gelange, dasselbe aufzuheben. Demgegenüber
die Sozialdemokratie auf dem Wege des Rechts
und der Freiheit zu bekämpfen, und ich rufe
Allen zu: Nürstet wir Gott, aber nicht das
Schreckensgespenst der Sozialdemokratie.

Abg. K. l. e. m. a. n. n. (Nat.-Lib.): Ich kann von
mehreren Rednern erhobene Behauptung
nicht beitreten, dass in dem Standpunkt der Re-
gierung in so fern ein Widerspruch liegt, indem
sie sagt, das Gesetz habe die beabsichtigte Wir-
kung gehabt und dennoch dazu kommt, ver-
schiedene Bestimmungen des Gesetzes aufzuheben zu
lassen. Ich kann mit dem besten Willen einen
Widerspruch darin nicht finden. Wenn die Frei-
sinnigen meinen, das Sozialistengesetz sei der
Ausdruck der Furcht und widerspreche dem Aus-
spruch: Wir Deutsche fürchten Gott und sonst
Niemand, so ist das ein vollkommen falscher
Standpunkt; die Herren vertreten immer noch
den alten abgelebten Standpunkt, dass man Alles
gehen lassen solle, wie es will. Man kann über-
gens sehr wohl ohne Furcht sein, braucht doch
aber deswegen nicht auf all und jede Schutzmaß-
regel zu verzichten. Alle Versuche, das gemeine
Recht, das Strafrecht entsprechend abzuändern,
sind gescheitert und zwar daran, dass man eben
nicht regressiv, sondern präventiv vorgehen muß;
das Strafrecht verlangt den objektiven und den
subjektiven Thatbestand, also den dolus, hier da-
gegen liegt die Gefahr schon in dem objektiven
Thatbestand. Die Abänderung des gemeinen
Rechts ist also eine prinzipielle Unmöglichkeit.
Will Jemand auf euch schauen, so werde ich
mich doch nicht mit dem Gedanken begnügen, daß
der Thäter nachher bestraft wird. Die Gemein-
gefühlsfreiheit und Neigung zur Gewalt aus
Seiten der Sozialdemokraten ist nicht abzuleugnen,
hat man doch gesagt, man werde die Abgeord-
neten, welche für ein derartiges Gesetz stimmen,
persönlich verantwortlich machen. (Widerpruch
links.) Zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten
besteht kein so großer Unterschied, als man hier
aufstellen will, denn wenn einer unzufrieden ist, geht
er zu den Sozialdemokraten, und ist er sehr unzufrie-
den, so wird er Anarchist. (Abg. F. o. b. m. e. r. s. t.
Altenheim.) Der friedliche Bürger muß gegen
derartige Umfurchtbestrebungen geschützt werden.
Die bisherige Auslegung des Gesetzes ist nicht
die richtige gewesen und es muß eine Aenderung
eintreten. Man muß unterscheiden zwischen den
berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und den
sozialdemokratischen Zielen. Die Masse des Vol-
kes kümmert sich sehr wenig um den Staat, denn
sie ihr versprechen, sie will Erfüllung ihrer be-
rechtigten Forderungen. Ich bin der Meinung,
dass wenn der Staat die Förderung dieser Be-
strebungen eintreten läßt, mit dem Gebahren der
Sozialdemokratie mit Ruhe entgegengehen können.
Der Staat muß diese Aufgabe übernehmen, er
wird mit Nothwendigkeit zur Sozialreform ge-
trieben. Der heutige Staat braucht deshalb nicht
ängstlich zu sein; denn Organisationsbedürfnis des
vierten Standes muß Rechnung getragen werden.
Das vorgelegte Gesetz trägt den Charakter eines
Spezialgesetzes und wir haben die Aufgabe, das-
selbe so zu gestalten, dass dasselbe den von mir
entwickelten Grundgedanken entspricht. (Bravo bei
den Nationalisten.)

Abg. D. e. b. e. l. (Sozial-Lib.): Wer der Rede
des Abgeordneten Kulemann aufmerksam gefolgt
ist, der wird zugeben, dass sie sich in ihrem
ersten und zweiten Theile vollständig wider-
spricht, daß der zweite Theil den ersten voll-
ständig aufhebt. Was bleiben den Sozialdemokraten
nach Herrn Kulemann noch für Rechte? Keines!
Er hat in dem zweiten Theile seiner Rede eine
ganz wunderbare, mir aber völlig unverständliche
nationalökonomische Theorie entwickelt, von der
man nicht weiß, was er damit wollte. Wenn
der Abg. Kulemann uns vorgeworfen hat, daß
wir das Wort „gefährlich“ aus unserm Programm
gestrichen hätten, so hat dies darin seinen Grund,
dass das Sozialistengesetz, entgegen den offiziellen
Versicherungen, in einer Weise gegen uns ange-
wendet wird, daß uns gar kein Recht mehr
bleibt, daß daher Alles, was wir vornehmen, un-
gesetzlich ist. Wir haben durch die Streichung
des Wortes „gefährlich“ daher nur den thätlich-
sten Verhältnissen Rechnung getragen. Das
Sozialistengesetz hat allerdings einige Wirkung
gehabt; es sind 14-1500 Druckschriften ver-
boten, große Vermögenssummen ruiniert und eine
große Zahl von Gefängnissen verurtheilt. Insofern
hat das Gesetz seine Schuldigkeit getan. Da-
gegen ist die Partei der Sozialdemokratie durch
das Gesetz um mindestens 140 Prozent vermehrt,
die Opferwilligkeit der Parteigenossen ist derart
angefeuert worden, daß Herr von Hellborn

dieselbe im vorigen Jahre den anderen Par-
teien als Muster hinstellte. Das ist, weil unsere
Partei ein Ideal hat, dem sie nachstrebt. Die
Sozialdemokratie ist eine geistige Macht, welche
naturnothwendig aus der Gestaltung der jetzigen
Staatsorganisation hervorgegangen ist. Und diese
geistige Macht wollen Sie mit einem Ausnahme-
gesetz bekämpfen? In der Begründung der be-
rühmten Professorordnung vom Jahre 1863 wurden
dieselben Bestrebungen mit Strafe bedroht, welche
gegenwärtig für die Verlängerung des Sozial-
istengesetzes geltend gemacht werden. Wenn
solche historische Erinnerungen erwachen, so sollte
einem doch der Gedanke nahe treten, ob man
nicht auf dem richtigen Wege sei. Nach den
Ausführungen einzelner Redner kann ja schon
der Tadel irgend einer Regierungs-Maßregel als
Staatsgefährlich und unfürsorglich angesehen wer-
den, ja es hat ja vor einigen Jahren der Abg.
Graf Bethusy-Huc die Forderung einer progres-
siven Einkommensteuer als eine kommunistische
Forderung bezeichnet. Wenn uns gestern vorge-
halten worden, wir dürften nicht im Namen der
arbeitenden Bevölkerung sprechen, da wir nur
eine Minderheit derselben vertreten, so erwiedere
ich darauf, daß der Abg. Kulemann gewiß zu sei-
nem großen Leidwesen auch nur eine kleine Minder-
heit des deutschen Volkes vertritt. Wir ver-
treten den selbstbewußten, politisch gebildeten, be-
stehenden Theil der Arbeiter und Sie wollen nicht,
daß der Arbeiter angeklagt werde. Vor einigen
Jahren hat Professor von Treitschke einen Auf-
satz über die Freiheit veröffentlicht, worin
er Aufschauungen niedrige, die wir Wort für
Wort unterschreiben. Herr v. Maltzahn erklärte
bei Beratung des Sozialistengesetzes: Wir
brauchen ein schnelles, aber kurzes Gesetz.
Nun, das schnelle Gesetz haben wir, dasselbe
soll aber jetzt auf ungewisse Zeit verlängert wer-
den. Was Herr v. Maltzahn seiner Zeit über
die Wirkungen dieses Gesetzes ansprach, die Be-
schränkungen, die er verlangte, sie sind vollstän-
dig eingetroffen; ein Prinzip, nach welchem die
Durchführung des Sozialistengesetzes in Deutsch-
land geregelt wird, ist nicht vorhanden. Es
herrscht dabei vollständige Willkür, wie die
Gründe beweisen, auf Grund deren in den ver-
schiedenen Orten Deutschlands die Versammlungen
aufgelöst wurden. Werden Versammlungen
aus den höheren Behörden gestattet, so wird
den Wirthen unter die Hand gegeben, daß sie
und ihre Lokale nicht gehen dürfen. Glauben
Sie denn nicht, daß eine solche Kampfesweise die
Masse der Bevölkerung vollständig erbittert?
Man ist überzeugt, daß man interdictum werden
solle, man erhebt in Hunderten von Fällen keine
Beschwerde, weil man weiß, daß dieselbe nichts
hilft. In Sachsen verweigert man den Arbeit-
ern, sogar gegen Bezahlung, die Mittheilung von
Gründen, um die Beschwerden zu verhindern.
Ich habe eine Statistik aufzeichnen lassen, aus
welcher sich ergibt, daß seit dem 1. September
in Deutschland 350 Versammlungen aufgelöst
worden sind. In Berlin ist ja seit einiger Zeit
eine mildere Praxis eingetreten; vor kurzem aber,
wie lange dies dauert, wenn wir z. B. wieder
einen Minister v. Büttner und dessen Bruder
Pittkammer-Blauß erhalten? (Weiterer.) Der
preussische Minister des Innern erlaubt eine be-
stimmte Versammlung, der bayerische Minister
verbietet eine ganz gleiche Versammlung, es be-
weist dies, daß bei der Auslegung des Gesetzes
lediglich die individuelle Aufschauung der Beamten
maßgebend ist. Die Ausweisungen haben der
Regierung nichts genutzt, aber die fortwährenden
Verfolgungen haben die energischen Agitatoren
für die Sozialdemokratie vermehrt. Die Rege-
rungen erklären, die Ausweisungen nicht müssen
zu können und doch wird aus Berlin seit drei
Jahren prinzipiell Niemand mehr ausgewiesen.
Der eigentliche Zweck des § 28 ist die persön-
liche Rache, man will die Person treffen und die
Existenzen vernichten. Daß das Sozialistenge-
setz korumpirend wirkt, das hat selbst die
„National-Zeitung“ vor einiger Zeit anerkannt.
Redner geht alsdann in ausführlicher Weise auf
die Prozeßführung gegen die Sozialisten, nament-
lich gegen ihn selbst und auf das dabei beobachtete
Verfahren ein, welches er durch verschiedene Bei-
spiele näher erläutert. Wenn man aber, so fährt
er fort, den Gedanken hat, die höchste Entschrei-
bung in die Hände des Reichsgerichts zu legen,
so kam ich Sie nur aufgeführt davon warnen,
denn es würde dadurch das Rechtsgewissen im
deutschen Volke erheblich erschüttert werden.
Es ist das Volksgewissen während dieser Dis-
kussion mehrfach erörtert worden und wenn auch
der preussische Minister des Innern dasselbe niemals
unterstützen wird, so kam er doch nicht leugnen,
daß das Volksgewissen durch das Sozialistenge-
setz geschädigt worden ist. Was in der politischen Polizei
vorgeht, das weiß der Herr Minister des Innern
nicht, denn diese gehört nicht zu seinem Ressort.
Alle die sogenannten Attentatsgeschichten, welche
seitens der politischen Polizei in neuerer Zeit zu
Tage gefördert wurden, sind erdichtet, die politi-
sche Polizei spielt mit solchen Dingen und man
muß sich daher fragen, ob denn das gemeine
Recht gar keine Mittel an die Hand gibt, solchen
Verhalten entgegen zu treten. Ungeduldet, als
in diesem Falle, ist noch niemals ein Gesetz be-
gründet worden. Die einzelnen Staaten haben
das Recht, Vereine, Versammlungen aufzulösen
und zu verbieten und nun kommen Sie und
wollen eine geistige Macht, eine Partei, die eine
Kulturbewegung repräsentiert, mit Ausnahme-
maßregeln bekämpfen. Wenn irgend etwas, so
kann dieses Gesetz dazu beitragen, die Sozialde-
mokratie auf den Weg des Unmuthes zu nöthigen.
Die Diskussion wird nunmehr geschlossen
und die Vorlage an eine Kommission von 28
Mitgliedern verwiesen.

Darauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.
Tagesordnung: Erste Lesung des Vank-
gesetzes.

Deutschland.

Berlin, 7. November. Die Begrüßungs-
reden, welche der Kaiser Wilhelm dem
Reichskanzler aus Aachen, von den Darbaneln
und aus Konstantinopel gelaßt hat und deren
Wortlaut in die Deffinitivität gelangt ist, haben
in einzelnen Blättern eine sehr gekünstelte Aus-
legung gefunden; ein demokratisches Blatt hat
sogar sich zu der Erklärung vertrieben, daß durch
die Veröffentlichung der Welt der Schluss nahe-
gelegt werden soll, daß der reisende Monarch
nicht mit politischen Dingen beschäftigt sei. Diese
Auslegung ist so naiv komisch, daß wir sie wenig-

stens hier verzeichnen wollen. Sie wird aber
im Uebrigen die Welt nicht davon abhalten, aus
diesen telegraphischen Grüßen die große persön-
liche Hingebung und Verehrung unseres jugend-
frischen Kaisers zu seinem vertrauten Rathge-
ber herauszulesen, eine Hingebung und Vere-
hrung, die angesichts der gewaltigen Naturwei-
sen von neuem einen überaus lebenswichtigen
Ausdruck gefunden hat. Es ist ja auch von frü-
heren Gelegenheiten wohl bekannt, wie sehr sowohl
der alte wie der jetzige Kaiser jederzeit darauf
Bedacht genommen haben, bei besonderen Anlässen
die Männer, die ihre vertrauten Rathgeber
waren, auszuzeichnen und ihnen so vollstes Ver-
trauen und großen Dank auszusprechen. Bei
dem letzten Kaisermandat in Hannover hat der
Kaiser seinem besonderen Wohlwollen für den
General Graf Waldersee wiederholt in feim-
lichen Weise Ausdruck gegeben: er erklärte sich
nicht bloß zum Chef des 13. Infanterie-Regiments,
das einst Graf Waldersee als Regiments-Kom-
mandeur geführt hatte und dessen Uniform der-
selbe wiederum trägt, sondern er bei seiner Er-
nennung zum Chef des Generalstabes der Armee
à la suite desselben gestellt wurde; er benannte
auch eine der Verteidigungsschlangen nach dem
obersten militärischen Berater. Der Kaiser hat
den Befehl über das 10. Armeekorps über-
nommen; dasselbe wurde vom Westkorps hart be-
drängt, und um die Verteidigungsstellung zu ver-
stärken, ließ der Kaiser über Nacht drei Schanzen
aufwerfen; der mittlere verließ er den Namen
„König“, der zur Linken den Namen „Han-
nover“, der zur Rechten den Namen „Graf
Waldersee“.

Wie ein bulgarischer Blatt meldet, ist
der deutsche Militär-Attache in Bulgarien, Haupt-
mann Müller, vom Kaiser Wilhelm nach
Konstantinopel berufen und dort in Audienz
empfangen worden.

Wie man hört, ist das Sanjarenge-
ment Nr. 13 in Aussicht genommen, die Gar-
nison in Saarburg im Elsaß, wo bereits die
7. Infanterie, ein Kavallerie-Regiment
zu verstärken. Zunächst müssen aber dort noch
die erforderlichen Kasernen, deren Kosten im
nachfolgenden Etat eingestellt sind, bewilligt
werden.

Der Oberbefehlshaber der italienischen
Truppen in Massowah, General Baldissera,
wird, in Folge seiner ausgezeichneten Gesundheit
und speziell wegen eines Augenleidens, das er
sich in dem heißen afrikanischen Klima zugezogen
hat, sein Kommando niederlegen und im Laufe
des Monats Dezember durch General Drege
ersetzt werden.

Grünberg, 6. November. Die Kartell-
partei des Kreisstadts Grünberger Wahlkreises
stellen den Fürsten zu Carlsbach-Beuthen wiederum
als gemeinsamen Kandidaten auf.

Hamburg, 6. November. Die Bildung
der Hamburger Gesellschaft für die Zwecke der
Dampferlinie nach Ostafrika wird
die ohnehin günstigen Ausichten Hamburgs als
Ausgangspunkt vernehmen. Die Zweiglinie nach
Athen, welche den Wettbewerb Bremens voraus-
setzt, bietet viele Schwierigkeiten, neben anderen
wegen der Postverbindung. Auch in den Kreisen
des Bundesrats werden Hamburg die meisten
Ansichten zugewiesen. Wie wichtig übrigens die
Verbindungen mit Afrika für den deutschen Handel
sind, geht aus daraus hervor, daß die Einfuhr
aus Ostafrika im Vorjahr 15 Millionen Mark
betrug und sich jetzt der Verkehr mit Ostafrika
bald erheblich steigern wird.

Darmstadt, 6. November. Wie der „Tägl.
Anzeiger“ aus zuverlässiger Quelle vernimmt, ist
die Gräfin Fartenau, die Gattin des
vormaligen Fürsten Alexander von
Bulgarien, bei ihrer Entbindung ge-
storben.

Belgien.

Brüssel, 5. November. Deutsche und eng-
lische Blätter veröffentlichten die Nachricht, daß
die belgische Regierung beabsichtigt, bei der afri-
kanischen Konferenz einen Vorschlag einzu-
bringen, demzufolge von sämtlichen Mächten,
welche in den Kongostaat eingedrungen sind,
ein Eingangsgeß von 5 Prozent erhoben werden
dürfte; das Erträgnis dieses Geßes sollte für die
geplante Maßregel zur Unterdrückung der Sklaverei
verwendet werden. Diese Nachricht wird in be-
liebig politischen Kreisen als vollständig unrichtig
bezeichnet. Jedoch erzählt die „Independance“ von
ihrem Londoner Berichterstatter, daß die englische
Regierung einen Entwurf einbringen wird,
welcher alle europäischen Staaten, die in Afrika
Besitzungen haben, zur Erhebung eines bedeutenden
Eingangsgeßes auf Spirituosen und nöthigenfalls
zur Einführung einer weiteren Steuer für den
Verkauf von geistigen Getränken ermächtigt. Die
englische Regierung geht nämlich von der Ueber-
zeugung aus, daß der Alkoholismus mit seinen
gefährlichen Wirkungen eines der mächtigsten
Hilfsmittel der arabischen Sklavensünder sei,
und daß darum der Spirituosenhandel und
die durch denselben angerichteten Verberu-
mungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln
eingeschränkt werden müsse. Der Vorschlag der
englischen Regierung würde demnach auf eine
Revision der durchs freihändlerischen Bestim-
mungen des Berliner Kongresses hinauslaufen.
Zur Klarstellung der von zahlreichen Blättern
gebrachten Meldungen, daß der Sultan von
Sensibar, der Khedive von Egypten, der Schah
von Persien und andere außereuropäische Souveräne
Vertreter zur Brüsseler Konferenz senden würden,
sei hier nochmals bemerkt, daß nur die Vertreter
derjenigen Mächte zur Teilnahme an der Kon-
ferenz zugelassen werden, welche bereits bei der
Berliner Konferenz betheiligt waren. Die Ver-
treter aller anderen Mächte können höchstens
als Zeugen an den Kommissionsberatungen theil-
nehmen.

Unter den Hafenarbeitern von
Antwerpen ist ein partieller Streik aus-
gebrochen. Umgefahr 800 Arbeiter verließen am
Nachmittag um 5 Uhr, eine Stunde vor Schluß
der gewöhnlichen Arbeitszeit, die Docks und hielten
am Kanal der Bier- u. Vins ein Meeting unter
freiem Himmel. Hieran durchzogen die Strei-
kenden, ohne jedoch irgend welche Aufbesserung zu
verlangen, mehrere Stadtviertel. Der Ausbruch
dieses Streikes wurde schon seit mehreren Tagen
vorhergesehen, denn die Arbeiter hatten zahlreiche
geheime Versammlungen abgehalten, in welchen
sozialistische Persönlichkeiten, die bereits bei dem
Londoner und Rotterdammer Streik sich als
Wähler hervorgethan hatten und welche seit

einigen Wochen unter den Antwerpener Hafen-
arbeitern aufgetaucht sind, zum Beginn des Streikes
aufgerufen. Den Anlaß für die Arbeitsein-
stellung liefert, wie auf der am Freitag tagge-
habten Versammlung der sozialistischen Arbeiter-
vereinigungen auseinandergesetzt wurde, der Umstand,
daß die Arbeitszeit im Sommer und Winter
gleichmäßig bis 6 Uhr Abends dauern soll,
während früher nur im Sommer bis 6 Uhr, im
Winter dagegen bis 5 Uhr gearbeitet wurde.
Die Arbeiter verlangen für diese Stunde ange-
blich Mehrarbeit eine besondere Vergütung,
welche aber von den Dock-Gesellschaften mit der
Begründung verweigert wird, daß der Lohn im
Sommer und Winter sich gleich bleibe, folglich
also auch die Arbeitszeit die nämliche sein müsse.
Die streikenden Arbeiter gehören ausschließlich den
sozialistischen Kreisen an; die Polizei wird
wahrscheinlich die ausländischen Wähler aus der
Stadt verweisen und damit dürfte die Bewegung
beigelegt sein. Bestimmtes läßt sich heute noch
nicht vorhersehen, weil am Sonntag auf sämt-
lichen Docks die Arbeit eingestellt wird; es fin-
det jedoch an verschiedenen Orten Arbeiterver-
sammlungen statt. In den Hafenvierteln durch-
ziehen starke Polizei- und Gendarmepatrullen
die Straßen, außerdem stehen mehrere Regi-
menter aus Anlaß des Bergamaststreikes be-
ständig unter den Waffen, so daß für die Aufrecht-
erhaltung der öffentlichen Ordnung in hinreichen-
der Weise gesorgt ist.

Der Streik in den Kohlenbistriten ist noch
nicht beendet, entgegen der optimistischen Auf-
fassung zweier Blätter. In der Vor-
nachte hat sich allerdings die Zahl der Streiken-
den bis auf 4000 verringert, auch kam es auf
dem Meeting von Wasmes, wo die sozialistischen
Kleiner Marcell und Fauvart sprachen, zu
seinem Beschlusse, sondern die Redner stellten es
den einzelnen Geseßschaften anheim, nach eigenem
Ermeßsen zu handeln, jedoch stets im Auge zu
behalten, daß es sich bei der ganzen Bewegung
nicht einzig und allein um Lohnverhöhung, sondern
ebenfalls um Erhaltung des allgemeinen
Stimmrechtes handle. Während jedoch in der
Vorrede der Streik — am gestrigen Tage
wenigstens — im Allgemeinen begriffen ist, haben
die Arbeiter vom Zentrum auf einem gestern in
La Louviere veranstalteten Meeting den Ausbruch
des Streikes auf Montag angesetzt. Auch in den
übrigen Kohlenbistriten, mit Ausnahme desjenigen
von Charleroi, ist der Streik überall im Zuneh-
men begriffen. Die Deputation der sozialisti-
schen Föderation der Vorrede wurde gestern
durch den Gouverneur des Hennegau telegraphisch
benachrichtigt, daß der Minister der öffentlichen
Arbeiten de Bruyn sie am Sonntag Vormittag
in Audienz empfangen wolle, vorausgesetzt, daß
die Delegierten, wie ihnen vor wenigen Tagen
vom Gouverneur mitgeteilt worden war, sich
durch ausreichende Schriftstücke als wirkliche Ver-
treter des größten Theiles der streikenden Arbeiter
ausweisen können. In Donsu, wo sämtliche Berg-
werke leer stehen, haben die vereinigten Gesell-
schaften eine Lohnverhöhung von 10 Prozent ange-
boten, aber die Arbeiter verbarren bei ihrer For-
derung von 20 Prozent und verlangen außerdem
noch Verminderung der Arbeitszeit. Von der
gesamten belgischen Presse — mit Ausnahme
der sozialistischen Organe — wird das Vergehen
der radikalen „Reforme“ zu Gunsten der sozia-
listischen Bewegung stark getadelt; bekanntlich hat
die „Reforme“ den von der Gesellschaft Levan-
tenu durch Verlesung ihrer Bücher geführten
Nachweis, daß sie im Verlaufe der letzten zwei
Jahre über 25 Prozent Lohnverhöhung gewährt
habe, als gefälscht bezeichnet. Die Arbeiter von
Levantenu sind jedoch von dem Answeise be-
friedigt und haben ohne Ausnahme die Arbeit
wieder aufgenommen.

Großbritannien und Irland.

Von dem Empfang des Prinzen von
Wales in Kairo hat sich, wie sich herausstellt,
nicht nur der französische Ministerresident, son-
dern auch die gesamte französische Kolonie in
ausführlicher und so behauptet wenigstens der Lon-
doner „Daily Tel.“, in geradezu herausfordernder
Weise vergewaltigt. Der „Daily Tel.“ ist es,
der deshalb den Angriff auf die französische Po-
litik in Egypten begonnen hat. Auf der ganzen
Linie der offiziellen französischen Presse ist der
Hauptkampf aufgenommen worden und der Wort-
kampf ist ziemlich heftig entbrannt. Dem „Journ.
des Deb.“ treten insbesondere die „Liberte“ und
die „Patrie“ zur Seite. Die „Liberte“ erklärt
trotz, das Fernbleiben der französischen Kolonie
in Kairo sei aus politischen Gründen erfolgt und
die Schuld treffe allein diejenigen, welche dem
Besuche des englischen Thronfolgers in Egypten
die Bedeutung der Verdrängung eines englischen
Kolonialstaates durch den künftigen Herrscher
hätten geben wollen; denn die Franzosen be-
trachteten das Nilland nicht als britische Kolonie,
sondern noch heute als einen unantastbaren Be-
sitztheil des ottomanischen Reiches. Die gestern
Abend in Paris ausgegebene „Patrie“ veröffent-
licht einen Artikel, welcher den Ausführungen
des „Journ. des Deb.“ entspricht. Die „Patrie“
sagt, die Franzosen in Kairo hätten sich nicht
durch ihre Gegenwart Anmaßungen anschließen
wollen, die dem Anschein nach einer thätlich-
lichen Lage, welche nichts anderes sei als eine
breite Verletzung des internationalen Rechtes,
eine offizielle Weihe erteilt hätten.

Serbien.

Belgrad, 6. November. Die Antwort des
Handelsministers auf die Interpellation wegen
unbefugter Verpachtung der Postämter
wurde, da bei der gestrigen Klüßigung sämt-
liche Minister eintraten und einen neuen Be-
schluß des Klags veranlaßten, in der heutigen
Sitzungsfristung zur Kenntnis genommen. In
der gestrigen Klüßigung war auch der Kriegs-
minister Gegenstand heftiger Angriffe, welche, da
der Minister kein ausgesprochener Parteimann
ist, fortgesetzt werden dürften. Seine Stellung
ist demnach nicht gefährdet, da der Minister das
Vertrauen der Regierung genießt.

Belgrad, 6. November. Durch Ver-
mittlung des Jaren, welcher ein eigenhändi-
ges Schreiben an die Königin Natalie richtete,
ist ein friedlicher Ausgleich in den Beziehungen
zwischen Mailand und Natalie zu Stande ge-
kommen und dürfte die Dierherkunft Mailands hier-
mit in Zusammenhang stehen.

Rumänien.

Bukarest, 6. November. In Folge einer
Ueberfüllung des rumänischen Manufakturmarktes

im Verein mit der, durch die Pariser Weltan-
stellung eingetretenen Schwächung des Verbrauchs
und der Zahlungsfähigkeit der einheimischen
Kundschaft, ist eine Krise in der Manufaktur-
branche eingetreten. Die Aufseher nehmen in
Besorgniß erregender Weise zu.

Türkei.

Aus Konstantinopel wurden gestern neben
den Besprechungen des Kaisers mit dem Sultan
Konferenzen zwischen Graf Herbert Bis-
marck und dem auswärtigen Minister Saib
Pascha gemeldet. Diejenigen, die genau wissen,
was der Jar mit dem Fürsten Bismarck in
Berlin, was Fürst Bismarck mit dem Grafen
Rakoczy in Friedrichsruh verhandelte, werden
auch natürlich alsbald angeben können, welches
Ergebnis die diplomatischen Besprechungen in
Konstantinopel hatten. Denn durch alle drei zieht
sich jedenfalls dieselbe Grundidee. Wir begnügen
uns mit den Aufschlüssen der Thronrede, welche
die Aufrechterhaltung des Friedens auf Grund der
europäischen Verträge als Zielpunkt der Politik
Deutschlands und damit auch des Friedensbundes
bezeichnet. Ob die Kraft und Staatskunst
Europas hinreicht, um das in Bulgarien ver-
legte Vertragsrecht in irgend einer Weise zu
sichern, das ist allerdings die Frage, die alle
voranschauenden Geister in Europa interessiert.
Bis jetzt haben stets die Skeptiker Recht behalten.
Der Wiener Korrespondent der „Times“, eine
allerdings wenig zuverlässige Quelle, meldet:

„Es scheint, daß (mit Bezug auf Bulgarien)
England einen neuen Vorschlag gemacht hat oder
zu machen im Begriffe ist, und die deutsche
Presse hat begonnen, Deutschland für Schritte
des Kaisers Wilhelm in Konstantinopel zur Unter-
stützung der russischen Aktion vorzubereiten.“
Des Weiteren berichtet derselbe Korrespondent,
daß Graf Rakoczy dem russischen Vorschlag,
Fürst Lobanow, vor seiner Abreise nach
Friedrichsruh in einer Unterredung gesagt haben
soll, daß, da Oesterreich-Ungarn für die jetzt in
Bulgarien herrschenden Zustände nicht verant-
wortlich ist, es nichts auf dem Wege des An-
erkenntens von Zugeständnissen thun könne. Es
habe thatschlich keine Konzessionen zu machen.
Oesterreich-Ungarn habe nicht Pläne geschmiedet,
um Einfluß in Bulgarien zu erlangen, und nie
im Wege Russlands gestanden, dabei seinen
Einfluß durch legitime Mittel wieder zu ge-
winnen; andererseits aber sei es nicht Oester-
reichs Sache, sich in die inneren Angelegenheiten
des Fürstenthums zu mischen, um eine Lösung
der bulgarischen Frage ausschließlich in Ueber-
einstimmung mit den Forderungen Russlands her-
beizuführen.“

Die „Times“ selbst schließt ihre Betracht-
ungen wie folgt:
„Deutschland wird darauf abzielen, des Sul-
tans festes Vertrauen zu seiner allgemeinen
Politik zu bestätigen, ihn und seine Rathgeber
von der Wichtigkeit zu überzeugen, welche jene
Rube, die Deutschlands erstes Interesse und Ziel
ist, für die Türkei hat, und eine solche Kon-
struktion der administrativen Maschine der Tür-
kei zu fördern, die die Fähigkeit des ottomani-
schen Reiches, sich selbst zu verteidigen, ver-
mehrt, und im Nothfalle die Elemente zu stüt-
zen, die die europäische Ordnung begünstigen.
Mehr als dies scheint es gegenwärtig nicht mög-
lich für Deutschland zu verlangen oder möglich
für die Türkei zu gewahren.“

Der „Standard“ liebt es, der Politik des
Fürsten Bismarck einen Machiavellismus anzu-
heften, für den er noch stets den Beweis schuldig
geblieben ist.

Fürst Bismarck wird zweifellos Alexan-
der III. verachtet haben, daß Deutschland dem
Frieden verhaftet ist, mit Russland auf dem
freundlichen Fuße zu sein wünscht und gerne
dem Jaren gewisse Zugeständnisse auf der Bal-
kan-Halbinsel machen würde, wenn Oesterreich
veranlaßt werden kann, sie zu genehmigen. Die
Bereitschaft Deutschlands zu solchen Zugestän-
dnissen basiert wahrscheinlich gänzlich auf der
Kenntnis, daß Oesterreich ihnen nicht zustimmen
kann und will, und so hat Bismarck wieder eine
vortreffliche Gelegenheit, sich höchst zuvernehmend
gegen Russland um einen geringen Preis zu ze-
igen. Der Jar fühlte sich gewiß geschmeichelt
dabei. Aber wenn einflußreiche russische Organe
hoffen, daß der Besuch des Jaren Bismarck ver-
anlassen wird, neuerdings zu trachten, Rakoczy
gewollt zu machen, Russland eine freie Hand
in Bulgarien zu lassen, so müssen wir sie
als die Betrogenen ihrer eigenen Wünsche an-
sehen.

Uebergend auf den Besuch des deutschen Kai-
sers in Konstantinopel meint der „Standard“, daß
diejenigen, die ein formelles Abkommen zwischen
Deutschland und der Türkei davon erwarten, sich
täuschen, aber deutscher Einfluß ist seit einiger
Zeit bedeutend im Palast des Sultans und bei der
Porte gewachsen und wird durch die jetzigen
Ereignisse nicht vermindert werden. Die Türkei
wird sicherlich besser durch den Besuch sein, der
gerade abgefaßt wird, wo Griechenland ein wei-
teres Stück von der Türkei verlangt. Die Ge-
gemart des deutschen Kaisers braucht nicht als
Billigung aller Methoden türkischer Verwaltung
angegeben zu werden, aber sie hätte nicht statt-
finden können, wenn alle verbreiteten Erzählun-
gen türkischer Grausamkeiten in Kreta durch
Thatsachen gerechtfertigt wären.

Afrika.

Dem „Temps“ wird aus Sansibar vom 6.
November, Morgens 8 Uhr, gemeldet:
„Die Deutschen wurden in Saadani durch
ausländische Eingeborene angegriffen. Truppen
wurden ausgeschickt.“ (Eine Befestigung dieser
Nachricht liegt bis jetzt nicht vor.)

Es sind natürlich nur Gründe der Gerechtigkeit
und des Kampfes gegen die Sklavensünder, welche
den britischen Konig für Mozambique, Johnston,
bewogen, dem portugiesischen Major Cerpa Pinto
am Schiffe ein Halt im Namen Englands zuzu-
rufen und die dortigen Stämme sofort unter eng-
lischen Schutz zu stellen. Cerpa Pinto stand
dort mit 750 Jungs, die er von Natal eingeführt
hatte, um die Matololos zu bekämpfen. Die Ma-
tololos gehörten zu der Vegetation Livingston-
er hatte sie im Innern Afrikas angeworben und
ließ sie 1864 am Schiffe zurück, weil sie in ihre
Heimath nicht zurückkehren wollten. Sie
sollen sich dort im Kampfe gegen die Sklaven-
händler große Verdienste erworben haben; daher
rechnete Johnston es dem Cerpa Pinto als Ver-
brechen an, wilde Jungs dort einzuführen und
die Geseßung zu vernichten. Er versammelte

Gold- und Papiergeld.				
Oraten per Stück	9,75	2	Engl. Banknoten 20,25	68
Souverains	—	—	Franz. Banknoten 20,75	5
5 francs per Stück	16,40	5	Österr. Banknoten 171,75	5
10 francs	1,125	6	Russ. Noten 212,00	5

